

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

IX. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 28. November bis 1. Dezember 2017

Nachwuchsmangel: Sorge um Pfarrstellen

Die Landeskirche will den Pfarrberuf attraktiver machen, um auch in Zukunft genügend Nachwuchs zu finden. „Es bedarf weiterhin aller Anstrengungen, um junge Menschen für den Beruf der Pastorin oder des Pastors zu gewinnen“, sagte der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, in seinem Bericht. Derzeit arbeiten in der Landeskirche Hannovers als größter Landeskirche Deutschlands knapp 1.800 Pastorinnen und Pastoren zwischen Hann. Münden und Cuxhaven.

Die Landeskirche hatte vor vier Jahren einen Pastor damit beauftragt, unter Abiturienten für das Theologiestudium zu werben. Laut Surborg werden in den Jahren von 2020 bis 2030 jährlich etwa 100 Pastoren in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig kämen voraussichtlich nur rund 50 pro Jahr nach – einschließlich der Zugänge aus anderen Landeskirchen. „Wir haben also in zehn Jahren 500 bis 600 Pastoren weniger.“ Surborg regte unter anderem Verbesserungen beim Gehalt und bei der Altersversorgung an. Er warb dafür, auch Quereinsteiger zum Pfarrberuf zuzulassen. In der Aussprache wies Prof. Dr. Florian Wilk darauf hin, dass der Quereinsteiger-Studiengang zum Pfarrberuf als Weiterbildungsstudiengang angelegt sein sollte. Das niedersächsische Hochschulgesetz



Mit dem drohenden Nachwuchsmangel beschäftigte sich die Landessynode: Ab 2020 gehen pro Jahr etwa 100 Pastorinnen und Pastoren in den Ruhestand.

setze hier allerdings enge Grenzen. Oberlandeskirchenrätin Dr. Nicola Wendebourg, Leiterin der Personalabteilung, erklärte auf Nachfrage von Dr. Fritz Hasselhorn, die Arbeitsbelastung im Pfarramt lasse sich nur schwer beziffern: Nach wie vor gebe es eine Pastorin oder einen Pastor für jeweils 2.400 Gemeindeglieder, aber die Arbeit sei schwieriger geworden, weil Einzugsgebiete größer werden und es zusätzliche Aufgaben gebe, um der Entkirchlichung entgegenzuwirken. Das habe zur Folge, so Wendebourg, dass sich das Berufsbild der Pastorin oder des Pastors in den kommenden Jahren grundlegend verändern werde.

Aus dem Inhalt

Gemeindebrief ist heimlicher Sieger

Seite 4

Rückblick auf Reformationsjubiläum

Seite 5

Bischof: Entschuldigung für Diskriminierungen

Seite 6-7

„Die Musik ist das Fundament der Kirche“

Kirchenmusik vor neuen Herausforderungen – Veranstaltungen sprechen viele Menschen an

Neue Wege in der Musikvermittlung und die Frage der Nachwuchsgewinnung sind nach Ansicht von Oberlandeskirchenrat Dr. Klaus Grünwaldt die aktuellen Herausforderungen der Kirchenmusik. Grünwaldt ist im Landeskirchenamt für Kirchenmusik zuständig. „Kirchenmusik ist kein Ornament. Sie ist ein Fundament, auf dem unsere Kirche steht und auf das sie baut. Es ist Aufgabe der Kirchenleitung, dieses zu sichern und zu stärken“, betonte er in seinem Bericht. Dabei wies er auch auf die hohe Bindungskraft von kirchenmusikalischen Veranstaltungen hin: „Nur der Heiligabend-Gottesdienst zieht noch mehr Menschen an.“

Gerade in Zeiten von Individualisierung, Traditionsabbruch und einem geänderten Mediennutzungsverhalten sei die Ausbildung und Förderung von Haupt-, Neben- und Ehrenamtlichen ein zentrales Anliegen. Studierte Kirchenmusiker sollten im Rahmen eines begleiteten Berufseinstiegs besser auf die gestiegenen Ansprüche des Berufsfeldes vorbereitet werden und weitere Qualifikationen erhalten.

» Planstelle für Popkantor «

Mit verschiedenen Maßnahmen unterstütze die Landeskirche die kirchenmusikalische Arbeit vor Ort, führte Grünwaldt aus. So helfe etwa das Musikvermittlungsprojekt „Vision Kirchenmusik“ Kirchengemeinden bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen. Die Ausrichtung auf neue Zielgruppen und die Präsenz im öffentlichen Raum auch außerhalb der Kirche hätten „inno-



Neue Wege in der Kirchenmusik, hier ein Konzert mit Videoperformance zum „Messiah“ im Rahmen eines Schulprojekts in Northeim.

vativ-missionarischen Charakter“. In diesem Sinne sei auch die Einrichtung einer Popkantor-Stelle zu sehen.

„Immer mehr Gemeinden erklären, dass Gottesdienste in anderer Form mit anderer Musik an Zulauf gewinnen“, heißt es in Grünwaldts Bericht. Es fehlten jedoch ausreichend ausgebildete Musikerinnen und Musiker, die in solchen Gottesdiensten die entsprechende Musik sicherstellen könnten. Daher müsse die Arbeit des Popkantors in eine landeskirchliche Planstelle überführt werden. Auch die kulturpolitische Wirkung der Kirchenmusik ist nach Ansicht von Grünwaldt nicht zu unterschätzen: „Gerade in schwach besiedelten Gebieten sind Kirchenmusikerinnen und -musiker hier wichtige Akteure.“ Im Gegensatz etwa zu Museen und Theatern habe die Kirche bei der Kulturvermittlung jedoch Nachholbedarf.

Rückblickend seien Projekte im Jahr des Reformationsjubiläums wie das Pop-Oratorium „Luther“ oder die Aufführung der „Lukas-Passion“ heraus-

ragend. Auch die Posaunen- und Vokalchöre seien ein Erfolgsmodell.

In der anschließenden Aussprache regte Christiane Schwerdtfeger, selbst Kirchenmusikerin, an, die Landessynode solle über einen Quereinstieg für hauptberufliche Kirchenmusikerinnen und -musiker durch ein eigenes Ausbildungsprogramm nachdenken. Martin Sundermann betonte, der Anteil Ehrenamtlicher unter den Chor- und Ensemble-Leitungen liege im ländlichen Bereich Ostfrieslands bei rund 90 Prozent. Christian Castel verwies auf die teilweise katastrophale Versorgung mit Organistinnen und Organisten im ländlichen Bereich. Die Landessynode folgte seinem Antrag zur Prüfung, ob die Kirchenmusik künftig in einem eigenen Ausschuss der Landessynode bearbeitet werden solle. Der Bericht wird an den Öffentlichkeitsausschuss überwiesen. Zudem soll das Landeskirchenamt dem Öffentlichkeits- und dem Finanzausschuss eine weitere Finanzplanung zu stellenrelevanten Teilen des Berichtes vorlegen.

Den Platz in der Gesellschaft gut nutzen

Hans-Jürgen Papier und Horst Gorski sprechen über die Zukunft des Christseins

Für eine stärkere Einbindung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in das Gemeinwesen sprach sich der Staatsrechtler Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier in seinem Gastvortrag über die öffentliche Bedeutung von Religion in der säkularen Gesellschaft vor der Landessynode aus. In einer zunehmend multireligiösen und auch a-religiösen Gesellschaft sollten sie den ihnen vom Staat eingeräumten Gestaltungsrahmen beherzt nutzen. „Denn sonst verliert dieser Gestaltungsrahmen früher oder später an Plausibilität und erfährt zunehmend Bestreitung und Widerspruch“, mahnte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes.

Die gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland hätten sich durch die Etablierung neuer Religionen, den Zuwachs muslimischer Bevölkerungsanteile und den Rückgang des Anteils der Christen weit unter die 60-Prozent-Marke grundlegend verändert, stellte Papier fest. Der deutsche Säkularstaat habe allerdings ein berechtigtes Interesse an der religiösen Vitalität



seines Volkes. Denn andernfalls bestehe die Gefahr, „dass Letztbegründungsansprüche an ihn herangetragen werden und dabei auch die Gefahr totalitärer Strömungen gestärkt wird“. Säkularität sei für die öffentliche Ordnung des Staates zu verlangen, nicht aber auch für den öffentlichen Raum der Gesellschaft.

Das Kopftuchverbot für Lehrerinnen sieht Papier kritisch. Dabei sei nicht hinreichend berücksichtigt worden, „dass sich die Lehrkraft hier auf die Religionsfreiheit bei der Ausübung eines öffentlichen Amtes beruft.“

Papier sprach – ebenso wie Dr. Horst Gorski, Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD – im Rahmen des Tagungsschwerpunktes „Ihr seid das Salz der Erde – Christsein morgen!“

Die Botschaft, das Evangelium, bleibe gleich, die Welt allerdings verändere sich. Gerade in diesem Moment seien die Christen „herausgefordert zu sagen, wer wir sind, was uns im Leben und Sterben trägt und was unser Beitrag in der Gesellschaft ist“, betonte Gorski in seinem Vortrag. Die Welt sei in so vielfältigen Veränderungen begriffen, dass die Kirche davon nicht unberührt bleiben könne.

Bewusst provozierend stellte Gorski die These auf, dass der pastorale Alltag davon bestimmt sei, „ein Vereinswesen am Laufen zu halten und sich beliebt zu machen“. Wenn diese „überspitzte Diagnose halbwegs richtig“ sei, so Gorski, müsse die Schlussfolgerung lauten: „Wir brauchen eine andere Theologie. Wir brauchen eine andere Ausbildung. Wir brauchen ein anderes Gemeindeleben.“

Er forderte eine Theologie, die die Erfahrung widerspiegle und aussprech-



bar mache, gleichzeitig auch das Sozialwesen reflektiere. Darauf aufbauend sprach er sich für eine wichtige Rolle der Sozialwissenschaften in der theologischen Ausbildung aus. In den vergangenen zehn Jahren habe die Landeskirche Hannovers die Herausforderungen mit einer Konsequenz aufgegriffen, wie es sie in den Landeskirchen der EKD und den Gliedkirchen der VELKD nicht überall gebe. Zukunftsfragen stellten sich hinsichtlich der Digitalisierung: Mittlerweile gebe es „Netzgemeinden“, die Unterscheidung zwischen real und virtuell sei obsolet geworden. „Die Kirche der Zukunft wird eine Theologie brauchen, die das Leben in der digitalisierten Welt reflektieren kann“, so Gorski. Zudem habe die Kirche den Auftrag, das soziale Gemeinwesen sowohl regional als auch bundesweit und darüber hinaus mitzugestalten.

Die Vorträge wurden den Ausschüssen zur weiteren Beratung überwiesen. Zudem soll eine Redaktionsgruppe gebildet werden, die die Tagesereignisse und die Rückmeldungen der Ausschüsse für einen Bericht zusammenfasst.

Gemeindebrief ist der heimliche Sieger

Klaus Motoki Tonn stellt Schwerpunkte des Kommunikationskonzeptes vor

Die hannoversche Landeskirche sucht nach neuen Wegen, um noch aktiver auf ihre Mitglieder zuzugehen. „Wir haben eine klare Bringschuld für kommunikative Impulse an unsere Mitglieder, die nur noch zu einem kleinen Teil zur klassischen Sonntagsgemeinde zählen“, machte Klaus Motoki Tonn deutlich, seit April 2017 Kommunikationschef der Landeskirche. Er berichtete vor dem Kirchenparlament über die Umsetzung des neuen Kommunikationskonzeptes, das die Landeskirche vor zwei Jahren in Auftrag gegeben hatte. Es gehe darum, aktiv gegen Bindungsverlust und Sprachlosigkeit vorzugehen, betonte Tonn.

Welche Themen bewegen die Gemeindeglieder? Tonn hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Gemeindebriefe hervor, die mit zwei Millionen Lesern knapp drei Viertel der rund 2,6 Millionen Mitglieder erreichten. Pro Jahr würden 44 Millionen Seiten von etwa 6.500 Mitarbeitenden erstellt, die sich fast ausschließlich ehrenamtlich engagierten.

Der Erfolg der Gemeindebrief-Arbeit müsse gefördert werden, auch wenn dies nur ein Kommunikationsweg unter möglichen anderen sei.

Auch sollen Lösungen erarbeitet werden, um die zentrale Kommunikation mit der kommunikativen Arbeit vor Ort zu verbinden. Besser bekannt gemacht werden sollen die bereits vorhandenen guten digitalen Angebote, wie etwa die Bilddatenbank.

Eine repräsentative Mitgliederbefragung habe ergeben, dass sich die Menschen Inhalte wünschten, die nachhaltige Begründungen für eine Mitgliedschaft in der Kirche vermittelten. „Zugespitzt könnten wir sagen: Ein großer Teil unserer Mitglieder sucht nicht mehr nach Begründungen für den Kirchenaustritt, sie suchen nach Argumenten, warum sie noch Mitglied der evangelischen Kirche sein sollten“, erklärte Tonn. Deshalb müsse jetzt geprüft werden, welche Kommunikationsformen nötig seien, um die Mitglieder mit den gewünschten Informationen zu versorgen. Dabei

werde das digitale Angebot eine große Rolle spielen. Bereits jetzt würden über Facebook, Twitter und Instagram regelmäßig mehrere Tausend Nutzer erreicht, die auch Rückfragen und Anmerkungen an die Landeskirche richteten. Diese Redaktion müsse weiter ausgebaut werden. Außerdem werde dringend ein zentrales Adressenmanagement benötigt.

Nun sollen das Landeskirchenamt und die Kommunikationsleitung prüfen, inwieweit sich durch Neuausrichtung der digitalen Kommunikation der EKD und durch Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Landeskirchen Synergieeffekte ergeben könnten und dem Öffentlichkeitsausschuss berichten. Zudem sollen Landeskirchenamt und Kommunikationsleitung dem Öffentlichkeits- und dem Finanzausschuss eine mittelfristige Bedarfs- und Raumplanung zur Umsetzung des Kommunikationsprozesses vorlegen. Die für den Haushalt 2019/2020 relevanten Personalentscheidungen sollten rechtzeitig mitgeteilt werden.

IT-Ausstattung auf aktuellen Stand bringen

Technischer Wandel und veränderte Anforderungen verlangten eine Anpassung der IT-Ausstattung in der Landeskirche, stellte Oberkirchenrat Fabian Spier in seinem Bericht fest. In den vergangenen Jahren seien verschiedene Pilotprojekte angeschoben worden, um das neue IT-Konzept sukzessive vorzubereiten. Hier wird beschrieben, welche IT-Ausstattung im Jahr 2020 im Landeskirchenamt,

den zentralen Einrichtungen der Landeskirche, Kirchenämtern und Kirchengemeinden vorgehalten werden soll, zudem Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche. Das IT-Konzept umfasst alle Körperschaften und unselbstständigen Einrichtungen in der Landeskirche, das sind neben den 250 Arbeitsplätzen im Landeskirchenamt viele weitere im insgesamt vierstelligen Bereich:

Zu den Kirchenämtern und den etwa 1.300 Kirchengemeinden mit ein bis zwei Arbeitsplätzen kommen diakonische Einrichtungen, Jugendwerke, Seelsorgeeinrichtungen, Tagungsorten und andere hinzu.

Das Aktenstück wurde an den Schwerpunktausschuss zur Beratung überwiesen. Daran soll auch die Vertretung des Fachausschusses der Kirchen(kreis)ämter beteiligt werden.

„Unsere Landeskirche ist kampagnenfähig“

Rückblick auf Vielzahl von Veranstaltungen zum Reformationsjubiläum – 600.000 Besucher

„Rund 6.000 Veranstaltungen mit 600.000 Besuchern sprechen dafür, dass richtig viel passiert ist in den Kirchenkreisen und Kirchengemeinden“, zog Oberkirchenrätin Dr. Heike Köhler eine positive Bilanz des Reformationsjubiläums. Gemeinsam mit Arend de Vries, Geistlicher Vizepräsident im Landeskirchenamt, blickte sie zurück auf eine reiche Fülle von Veranstaltungen im 500. Jahr nach der Reformation. Unter dem Motto „Entdecken – Staunen – Feiern“ stellte Köhler dazu einige ausgewählte Veranstaltungen in ganz unterschiedlichen Formaten vor. Mit Freude, Fantasie und Lust seien neue, meist individuelle Wege der Darstellung und Vermittlung ausprobiert worden – ein kreativer Geist sei in der Landeskirche spürbar gewesen. Am 31. Oktober schließlich habe es in der gesamten Landeskirche überfüllte Kirchen und mehr als 800 Gottesdienste gegeben. Eine Bilderschau vermittelte Eindrücke von sehr unterschiedlichen Veranstaltungen in Kirchengemeinden



Landesbischof Ralf Meister mit Martin Heimbucher, Präsident der Ev.-Reformierten Kirche und dem katholischen Bischof Franz-Josef Bode.

und Kirchenkreisen: Feste, Reformation Day, Theater, Ausstellungen, Kinderkirchentage, Baumpflanzaktionen – etwa 1.000 Bäume wurden im Zusammenhang mit dem Reformationsjubiläum gepflanzt –, Kunstprojekte und ein Kirchenkreisfest „Viva la reformation“ markierten die Spannweite. Für ihn sei der Healing-of-Memories-Gottesdienst in Osnabrück ein besonderer persönlicher Moment gewesen, bilanzierte Landesbischof Ralf Meister. Es habe

sich gelohnt, so das Fazit von Heike Köhler. „Wir müssen dranbleiben und auf die spirituellen und geistlichen Bedürfnisse der Menschen besser eingehen“, so das Plädoyer von Meister und Landessuperintendentin Dr. Birgit Klostermeier. Sie kamen in Filmeinspielern im Rahmen des Vortrages zu Wort.

Arend de Vries fasste abschließend das zusammen, was aus seiner Sicht vom Reformationsjahr bleibt: Unter anderem bleibe die Erfahrung, wie positiv es für Kirchengemeinden sei, sich hin zu nicht-kirchlichen Kooperationspartnern zu öffnen, und die Herausforderung, sich als Kirche nicht auf den Binnenblick zu beschränken, sondern durchgehend einladend zu werden. Vor allem bleibe die Erfahrung, „dass unsere Landeskirche in der Fläche kampagnenfähig ist und sich die große Vielfalt an Ideen, an Kreativität, auch an Begabungen und Talenten in diesem Jahr voll entfaltet hat“. De Vries schloss mit einem großen Dank an alle, die sich für das Reformationsjubiläum engagiert haben.



Das Konfi-Camp in Wittenberg war eine der herausragenden Aktionen im Rahmen des Reformationsjubiläums.

Landesbischof: „Die Kirche steht bei Institution

Ralf Meister spricht sich strikt gegen Leihmutterschaft aus – Öffentliche Entschuldigung für frühere

Landesbischof Ralf Meister hat sich in seinem Bericht vor der Landessynode öffentlich für alle Diskriminierungen gegenüber homosexuellen Mitgliedern seiner Landeskirche in der Vergangenheit entschuldigt. „Ich bitte dafür um Verzeihung“, sagte er unter dem Beifall der Kirchenparlamentarier. Die Landeskirche habe einen „diskussionsfreudigen und kontroversen Gang“ in Bezug auf homosexuelle Partnerschaften hinter sich, der mehr als 30 Jahre gedauert habe. Kaum ein anderes Thema sei in den vergangenen Jahrzehnten so intensiv und leidenschaftlich, „aber auch theologisch so kämpferisch im Ringen um Wahrheit und zugleich oft menschlich kränkend und sozial diskriminierend behandelt worden wie dieses.“ Die Kirche stehe im Blick auf die Institution der Ehe vor Neuorientierungen. Dabei gehe es nicht darum, die traditionelle Ehe leichtfertig infrage zu stellen, sondern sie zu öffnen. Meister bezog sich dabei auf den Bundestagsbeschluss zur „Ehe für alle“. Zwar bleibe für ihn das biblische Vorbild eines Paares von Mann und Frau das „Urbild“ für die Zweiergemeinschaft. Aber: „Eine Zweisamkeit in Verbindlichkeit und Treue steht auch unter gleichgeschlechtlichen Paaren unter Gottes Segen.“

Die „Ehe für alle“ provozierte in der Aussprache Stellungnahmen von Mitgliedern der Landessynode. Als Theologiestudent könne er sich nicht vorstellen, liebende Paare, gleich welchen Geschlechts, später nicht zu segnen, bekannte Jonas Jakob Drude. Der Jugenddelegierte rief in dem Zusammenhang eine entsprechende Position der Landesjugendkammer in Erinnerung. Zudem fragte Drude



Landesbischof Ralf Meister bei seiner Rede vor der Landessynode

nach: „Ist die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare eine Trauung?“ Landesbischof Ralf Meister bejahte. Auf Anregung von Ottomar Fricke sollen sich der Ausschuss für Theologie und Kirche unter Beteiligung des Bischofsrates mit der Umsetzung für die kirchliche Praxis beschäftigen.

Leihmutterschaft

Skeptisch zeigte sich der Landesbischof gegenüber anderen Formen der Elternschaft wie etwa der Leihmutterschaft. Für ein Kind bleibe auch im vorgeburtlichen Heranwachsen die Beziehung zu seinen Eltern entscheidend. Deshalb lehne er jede Form von Leihmutterschaft strikt ab. Zudem habe jedes Kind einen Anspruch auf seine Herkunft. „Die multiple Elternschaft, die inzwischen dazu führen kann, dass bis zu vier oder fünf Personen im DNA-Strang eines werdenden Kindes beteiligt sind, halte ich für höchst problematisch.“ Zur strikten Ablehnung der Leihmutterschaft hatte Ortrud Wendt in der Aussprache noch einmal nach und verwies auf das

Schicksal jener Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch. Meister betonte die Beziehung zwischen Mutter und Kind, die „immer einen Anklang an die Liebe Gottes zu uns Menschen hat“. Wenn diese Beziehung im Prozess der Entstehung eines Menschen negiert werde, könne er dem nicht folgen. Erst recht, wenn die Leihmutterschaft, wie etwa in Indien, aus rein ökonomischen Gründen befürwortet werde.

Erlebnisraum Taufe

Positive Bilanz zog Meister zum Projekt „Erlebnisraum Taufe“ den die Landeskirche zum Reformationsjubiläum in Wittenberg eingerichtet hatte. „Die Erfahrungen der fast zehntausend Besucherinnen und Besucher und der insgesamt 110 Mitarbeitenden sind unbezahlbar. Sie haben einen gastfreundlichen Auftritt von Kirche erlebt und eine kraftvolle Kirche, die aus ihrer Quelle lebt und wirkt, ohne viele Worte. Eine mutige Kirche, die sich in neue Räume wagt.“ In der Aussprache bemängelte Klaus Kastmann, Mitglied des Kirchensenates, die starke kirch-

Ehe vor Neuorientierungen“

Diskriminierungen Homosexueller – Klares Ja zum Reformationstag als staatlichem Feiertag

liche Fokussierung auf Sparaspekte und die Kerngemeinde. Mit 90 Prozent der Ausgaben erreiche man nur etwa zehn Prozent der Gemeindeglieder, die Ränder würden zunehmend vergessen. Er plädierte dafür, Mittel einzusetzen, um Gemeindeglieder als Multiplikatoren zu befähigen. Die Landessynode müsse selbstkritisch auf die Reformfähigkeit der Kirche schauen. Ein Mentalitätswechsel tue not.

Lutherischer Weltbund

Auch die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Namibia war Thema im Bischofsbericht. Aus Sicht Meisters kann von Weltversammlungen der Kirche wie dieser einiges gelernt werden, etwa die Erarbeitung eines Grundkonsenses über kulturelle und soziale Differenzen hinweg. „Nicht nur die globale Werteagenda, sondern auch der Prozess zur Erarbeitung eines solchen Konsenses sind wichtige Stufen. Beispielhaft kann man erkennen, wie diese Welt zu einem besseren Verständnis untereinander kommen könnte.“ Komplexität könne nur durch geteilte Vertrauensmodelle bewältigt werden. „Diese zu erarbeiten, ist das Gebot der Stunde für die politische und ethische Weltgemeinschaft. Und die Kirchen spielen darin eine wichtige Rolle“, ist Meister überzeugt.

Reformationsjubiläum

Vor dem Hintergrund des Reformationsjubiläums sprach sich der Landesbischof eindeutig für den Reformationstag als einen weiteren Feiertag aus. „Die übervollen Gottesdienste in allen Landeskirchen zeigten, dass der Reformationstag als kirchlicher

Feiertag – evangelisch geprägt und zugleich im ökumenischen und interreligiösen Dialog – große Resonanz fand und breit in der Gesellschaft verankert sein kann.“ Daher, so der Landesbischof weiter, begrüße er sehr, dass in den landespolitischen Diskussionen nun offen erwogen werde, den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag einzuführen. „Der Reformationstag als gesetzlicher Feiertag würde nicht nur die Gelegenheit bieten, das historische Erbe zu pflegen, sondern auch reformatorische Impulse in die Gegenwart zu übersetzen und für die Zukunft fruchtbar zu machen.“ Im Anschluss an den Bischofsbericht hat die Landessynode den Landesbischof und das Landeskirchenamt gebeten, im Zusammenwirken mit der Rat der Konföderation alles dafür zu tun, dass der Reformationstag als zusätzlicher staatlich anerkannter Feiertag in Niedersachsen eingeführt wird. Die Veranstaltungen hätten gezeigt, dass die Reformation bis in unsere Zeit wirksam sei.

»Obergrenze ist politische Posse«

Einwanderungsgesetz

Er sei mittlerweile Teil des täglichen Lebens geworden – der Exodus von Menschen weltweit, sagte Meister im Hinblick auf den Krieg in Syrien. Auf seiner Reise in die zerstörte syrische Stadt Homs, „die in ihrer Zerstörung Leben eigentlich unmöglich macht“, besuchte der Landesbischof unter anderem die Schule, die mit Spendenmitteln aus der hannoverschen

Landeskirche finanziert worden war. „Vieles, was wir diskutieren zum Thema Exodus in Syrien, erscheint extrem provinziell“, stellte Ralf Meister fest. Er bezeichnete es als „politische Posse“, über Obergrenzen der Einwanderung zu diskutieren, während es ganz andere Dinge brauche, etwa ein Einwanderungsgesetz. Er sei überzeugt davon, dass der Exodus neben dem Klimawandel Thema des 21. Jahrhunderts bleiben werde.

Anträge an die Landessynode

Folgende Anträge wurden vor dem Hintergrund des Bischofsberichts gestellt und angenommen: Die Landessynode unterstützt die Anregung von Ralf Meister, dem internationalen Bündnis ICAN (Intern. Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) beizutreten. Der Ausschuss für Mission und Ökumene wird gebeten, die weiteren Wege zur Umsetzung zu prüfen.

Der Jugendausschuss soll für die Haushaltsberatungen 2019/2020 Vorschläge erarbeiten, wie eine angemessenere finanzielle Förderung des Landesjugendcamps gestaltet werden kann. Im Zuge dieser Haushaltsberatungen sollen Landessynodal- und Finanzausschuss zudem prüfen, ob und in welchem Umfang der Fonds „Missionarische Chancen“ Gelder erhalten kann.

Schwerpunktausschuss und Verfassungsausschuss sollen prüfen, auf welche Weise künftig jüngere Delegierte (bis 30 Jahre) in der Landessynode und auf allen anderen kirchenleitenden Ebenen aktiv mitarbeiten können. Der Bischofsbericht wurde an den Diakonieausschuss sowie in Teilen an weitere Ausschüsse weitergeleitet.

Weichen stellen in Windhuk

Delegierte berichten über zwölfte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Namibia

Das Thema der zwölften Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) „Liberated by God’s Grace“ setzte Prof. Dr. Jochen Arnold, Direktor des Zentrums für Gottesdienst und Kirchenmusik im Michaeliskloster Hildesheim, musikalisch um. Er machte es zum roten Faden durch den Bericht der Delegationsmitglieder, die im Mai an der Vollversammlung in Windhuk in Namibia teilgenommen hatten.

Arnold schilderte die Herausforderungen der Vorbereitungsphase angesichts des Tagungsortes, das intensive Ringen um Gebete, Lieder und um das Programm. Drei Unterthemen hatten die Vollversammlung geprägt: wie unbezahlbar Menschen, Schöpfung und Gnade seien. Landesbischof Ralf Meister, Mitglied der Delegation, betonte, ihm sei deutlich geworden, dass jedes der Unterthemen für viele Teilnehmende eine Frage von Leben und Überleben bedeute. Weitere De-



Erzählten mit Begeisterung: Die Delegierten der Landeskirche.

legierte der Landeskirche waren Wencke Breyer, Heike Conrads, Rebecca Lühmann, Lasse Schmidt-Klie und Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer.

Ein großes Thema war die Geschlechtergerechtigkeit, die von der Frauenordination bis zur Unterstützung von Frauen auf der Flucht reichte. Und auch die Klimagerechtigkeit beschäftigte die Delegierten. Hier gehe es längst um die Frage der Verantwortung für die Folgen des Klimawan-

dels. Die Botschaft und die Resolutionen wurden an alle Ausschüsse der Landessynode überwiesen. Zudem wurde der Antrag angenommen, ab 2019 eine landeskirchliche Kollekte einzuführen, die das Thema „Sexualisierte Gewalt und Diskriminierung von Frauen und Kindern“ aufgreift. Auch für einen „Thursday in Black“ als Symbol gegen geschlechtsspezifische Gewalt sprachen sich die Mitglieder der Landessynode aus.

Pilotprojekt Elektromobilität

Die Landessynode unterstützt die Bemühungen, die beiden Projekte „Elektromobilität“ und „Dienstwagen für Pastorinnen und Pastoren im ländlichen Raum“ zu verknüpfen und als Pilotprojekte voranzutreiben. Das Landeskirchenamt soll weiterhin den Ausschuss für kirchliche Mitarbeit und den Umwelt- und Bauausschuss über die Erfahrungen mit diesem Pilotprojekt auf dem Laufenden halten.

Verpflichtende Fortbildungen

Erstaunt zeigte sich die Synodale Ruth Scheffler-Hitzegrad darüber, dass die Weiterbildung der Pastoren nur in den ersten Amtsjahren verpflichtend sei. In anderen Berufsgruppen sei diese selbstverständlich, sagte sie in der Aussprache zum Bericht über die landeskirchliche Fort- und Weiterbildung mit rund 20 Einrichtungen und 370 Fortbildungsangeboten. Der Ausschuss für kirchliche Mitarbeit berät das Thema weiter.

Einstimmig beschlossen

Die Landessynode hat den Bericht des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit zum Entwurf eines Kirchengesetzes zur Zustimmung zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz der EKD und zur Einführung eines Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeitenden im kirchlichen Dienst zur Kenntnis genommen. Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Religionsunterricht stärken

In der Oberstufe keine fachfremden Lehrkräfte

Die Landessynode hat die rechtlichen Bestimmungen für Religionslehrkräfte neu geregelt. „Der Mangel an grundständig ausgebildeten Lehrenden muss mit Unterrichtenden ausgeglichen werden, die Religion fachfremd unterrichten“, erklärte der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Rolf Bade. Die kirchliche Lehrerbildung, die sogenannte Vokation, wird in solchen Fällen nun auf drei Jahre befristet sein. Das neue Gesetz wurde einstimmig angenommen.

„Es ist besser, Religion fachfremd zu erteilen als gar nicht“, so Bade. Er warb dafür, die gegenwärtige Notlage ernst zu nehmen. „Wir müssen unsere Beschlüsse gegenspiegeln an der Alltagssituation der Schulen. Schulleiter suchen händeringend Lehrkräfte.“ Gleichzeitig müsse aber

auf die fachlichen Qualitätsansprüche geachtet werden. Das Kirchengesetz über die kirchliche Bestätigung von Religionskräften nimmt daher Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen in den Blick, die fachfremde Lehrkräfte in Weiterbildungsgängen bis zur Vokation führen. In der gymnasialen Oberstufe wird die fachfremde Erteilung von Religionsunterricht nicht mehr möglich sein.

Nach statistischen Angaben des Niedersächsischen Kultusministerium aus dem Jahr 2016 nehmen mehr als 75 Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen an einem konfessionellen Religionsunterricht teil. Durch den Mangel an Lehrkräften fällt das Fach Religion jedoch an vielen öffentlichen Schulen häufig aus.

55 Gemeinden nutzen Briefwahl

Über die Vorbereitungen zu den Kirchenvorstandswahlen im Frühjahr 2018 berichtete Jörn Surborg als Vorsitzender des Landessynodalausschusses (LSA) im Rahmen seines Berichtes. Interessant sei die Möglichkeit einer reinen Briefwahl, die 55 Kirchengemeinden nutzen wollen. Der LSA habe zugestimmt, den Differenzbetrag zu den ursprünglichen Kosten auszugleichen. Die Erfahrungen würden ausgewertet.

Auch für den von der Öffentlichkeitsarbeit vorgeschlagenen Selfmailer als aktivierende Wahlwerbung, der zusätzliche Kosten von 140.000 Euro verursachen wird, hat der LSA seine Zustimmung gegeben. Sollte sich das Modell einer reinen Briefwahl bewähren, könnte diese später breiter eingesetzt werden.

Reformationsrevue am Rande der Tagung

Es war kein 90., sondern ein 500. Geburtstag, der am Rande der Tagung gefeiert wurde und zu dem Martin Luther selbst eingeladen hatte. Seine Freunde, Weggefährten, Kampfgenossen und Betschwestern waren gekommen, um die alten Zeiten zu feiern. Da sie längst verstorben sind, kommen die Größen der Reformationszeit nur imaginär an der Festtafel zusammen. Die drei „Superintendanten“ (Martin Steinke, Klinikpastor in Bad Rothenfelde und Mitglied der Landessynode, Hannes Meyer-ten Thoren, Superintendent im Kirchenkreis Melle-Georgsmarienhütte und Hartmut Heyl, Klinikpastor in Osnabrück) prä-

sentierten den Mitgliedern der Landessynode „Die Reformationsrevue“, mit der sie in diesem Jahr rund 30 Auftritte hatten – ganz bewusst ausschließlich im nichtkirchlichen Raum

und aus Zeitgründen ausschließlich im Raum Osnabrück. Mit dem Ende des Reformationsjahres geben nun auch die drei Schauspieler ihren „Nebenjob“ wieder auf.



Die „Superintendanten“ amüsierten am Rande der Synodentagung.

Kein Einfluss ohne synodale Bindung

Rechtsausschuss lehnt Vertretung der Landesjugendkammer im Jugendausschuss ab

Kann die Geschäftsordnung der Landessynode dahingehend geändert werden, dass einer Vertretung der Landesjugendkammer in den Sitzungen des Jugendausschusses ein Gastrecht eingeräumt wird? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Rechtsausschuss in den vergangenen Monaten intensiv. Ausgelöst hatte diese Diskussion ein Antrag von Rolf Bade im Mai 2017. Letztendlich wurde der Antrag abgelehnt und in der Sache auch vom Kirchenparlament mehrheitlich bestätigt.

Grundsätzlich halte der Rechtsausschuss ein Gastrecht für möglich, so Thomas Reisner, Vorsitzender des Ausschusses. Dennoch hätten die Mitglieder des Rechtsausschusses

mehrheitlich Bedenken gegen eine solche Regelung für Vertretende der Landesjugendkammer. Ihre Mitwirkungsmöglichkeit im Jugendausschuss würde über die der Jugenddelegierten hinausgehen und eine Einflussnahme auf die Ausschussarbeit ohne Bindung an synodale oder kirchenleitende Funktionen ermöglichen. „Diese Mitwirkung wäre geprägt durch lobbyistische Elemente“, so Reisner. Dem Lobbybegriff widersprach der Jugenddelegierte Jonas Jakob Drude: „Es geht immerhin um alle Menschen in unserer Landeskirche, die jünger sind als 27 Jahre.“

Reisner betonte, die Rechte junger Menschen würden ohnehin im Zuge der Verfassungsreform gestärkt: Der

Entwurf sieht vor, dass künftig vier von der Landesjugendkammer vorgeschlagene Mitglieder unter 27 Jahren mit Stimmrecht in die Landessynode berufen werden sollen. Wenn aber, so Reisner, diese vier Mitglieder die Interessen der Jugend in der Landeskirche nicht umfassend vertreten könnten, könne die Frage nach einem Gastrecht erneut diskutiert werden.

„Wir sind angehalten, Türen zu öffnen, und ich fände es wunderbar, wenn wir ständig junge Stimmen um uns hätten“, betonte Magdalena Hentschel. Rolf Bade ermunterte den Jugendausschuss, den Grundgedanken des Gastrechtes zu einem späteren Zeitpunkt in die 26. Landessynode einzubringen.

Finanzierung der Kitas

„Eine Neugestaltung der Kindertagesstätten-Finanzierung ist notwendig und ein zentrales Thema diakonischer Arbeit in unserer Landeskirche“, so Dr. Jens Rannenber, Vorsitzender des Diakoniausschusses. In seinem mündlichen Bericht vor der Landessynode informierte er über den gebildeten Unterausschuss, der sich des „komplexen Themas“, wie Rannenber betonte, annimmt. Einbezogen in diesen Unterausschuss sind Mitglieder des mitberatenden Bildungs- und des Finanzausschusses.

Handlungsleitend für die Weiterarbeit seien vier Punkte, so Rannenber: „Erstens: Es soll keine Forderung an die Landessynode bezüglich eines signifikanten Mehrbetrages

für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen geben. Zweitens: Der pauschale Ausgleich der Gruppenpauschalen ist nicht der beste Weg zu einer gerechten Verteilung. Drittens: Das bisherige Modell muss modifiziert werden. Viertens: Das Finanzierungssystem sollte die religionspädagogische Profilbildung und das Geschäftsführungssystem stärker stützen.“

Der Diakoniausschuss hoffe, im Jahr 2018 einen abgestimmten Vorschlag für die Ausgestaltung der zukünftigen Finanzierung der Kindertagesstättenfinanzierung vorlegen zu können. Dies sei angesichts der „vielfältigen Interessenlagen“ eine große Herausforderung.

Gerechter Frieden: Fonds freigegeben

Über das Projekt „Kirche des gerechten Friedens werden“, das die Landessynode im Herbst 2016 auf den Weg gebracht hatte, berichtete der Vorsitzende des Landessynodalausschusses (LSA), Jörn Surborg. Für das Projekt war der Fonds „Friedenswege“ geschaffen worden, an dessen Ausschreibungsrichtlinien der Ausschuss für Mission und Ökumene intensiv gearbeitet habe. Mittlerweile hat der LSA die Gelder freigegeben. Die Förderung beginnt sofort. „Wenn wir unsere Worte vom gerechten Frieden aber ernst nehmen, dann sollten wir ihnen jetzt Taten folgen lassen“, so Surborg.

Diakovere im Aufwärtstrend

Unterstützung der Landeskirche für Investitionen notwendig

Ein Defizit von vier Millionen Euro für 2014 war damals von der Diakovere gGmbH prognostiziert worden. Daraufhin hatte die Landessynode einer Unterstützung der Diakovere gGmbH mit 4,5 Millionen Euro zugestimmt, die in vier Teilbeträgen in den Jahren 2017 bis 2020 ausgezahlt werden sollte. Bereits 2015 aber konnte Diakovere ein positives Ergebnis von 3,6 Millionen erwirtschaften, im vergangenen Jahr waren es dann 3,7 Millionen Euro. Dies teile Jörn Surborg, Vorsitzender des Landessynodalausschusses (LSA), jetzt mit. Vor diesem Hintergrund zeigte sich Eckart Richter als Mitglied der Landessynode überrascht angesichts dieser finanziellen Entwicklung. Damit würde sich aus heutiger Sicht die Frage nach der damaligen Notwendigkeit der landeskirchlichen Finanzspritze anders stellen, betonte er.

Für das Landeskirchenamt antwortete Dr. Rolf Krämer, die positiven Jahresabschlüsse nach 2014 zeigten, dass die Kraft des Verbundes habe „entfesselt“ werden können. Die überschüssigen Mittel der Landeskirche würden dennoch künftig gebraucht für geplante Millioneninvestitionen in den Häusern der Diakovere.

Surborg unterstrich die Beteiligung der Belegschaft, die auf Einkommen verzichtet und damit das Unternehmen gesichert habe. In Abstimmung mit dem Diakonischen Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V. und dem Landeskirchenamt seien inzwischen auch inhaltlich neue Konzepte entwickelt worden mit dem Ergebnis, dass dem LSA einzelne förderungsfähige Projekte vorgestellt werden konnten, heißt es im LSA-Bericht.

Zur Bildung der Landessynode

Die Kirchenkreistage sollen künftig stärker in die Nominierung von Kandidierenden für die Landessynode eingebunden werden und können diese bereits vor Aufstellung des Wahlaufsatzes benennen. Dafür soll das Landessynodalgesetz geändert werden. Gibt es Schwierigkeiten, Ersatzmitglieder zu stellen, kann der Kirchenrat auf Vorschlag der Kirchenkreistage des Wahlkreises für die restliche Amtszeit ein Mitglied der Landessynode berufen. Dadurch werden kostspielige Nachwahlen unnötig.

Dr. Fritz Hasselhorn kritisierte, dass nach dem neuen Entwurf die Vorschläge des Kirchenkreistages nicht verbindlich seien. Das Aktenstück wurde dem Schwerpunkteausschuss federführend und dem Rechtsausschuss zur Beratung überwiesen. Abgelehnt wurde ein Antrag von Friedo Hansen, den Wahltag für die Landessynode vom Sonntag auf einen Werktag zu verlegen. Die Festlegung eines Wahltages soll in den anstehenden Beratungen des Schwerpunkte- und des Rechtsausschusses berücksichtigt werden.

Stabile Versorgungskassen

„Unsere Kassen sind stabil und solide – ganz so, wie es die Gründer damals geplant hatten.“ Dieses Fazit zog der juristische Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Dr. Rolf Krämer, in seinem Bericht zur Situation der Versorgungskassen. „Die laufenden Verpflichtungen können über einen sehr langen Zeitraum erfüllt werden“, resümiert Krämer. Die Stabilisierungsmaßnahmen der letzten 15 Jahre zeigten Wirkung.

Die Landeskirche Hannovers hält zwei eigene Versorgungskassen vor: die Norddeutsche Kirchliche Ver-

sorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK) sowie die Zusatzversorgungskasse (ZVK) für die privatrechtlich Angestellten. Im Bereich der hannoverschen Landeskirche hat die NKVK zurzeit mehr als 2.100 Versicherte, die im Beruf stehen, bei der ZVK sind rund 58.000 Pflichtversicherte gemeldet.

Der Bericht wurde zur Beratung in den Finanzausschuss überwiesen. Dort soll auch die Behandlung der Ausfinanzierung im Gespräch mit den beteiligten Landeskirchen diskutiert werden.

Domain-Adresse bleibt offen

Über eine neue, einheitliche Domain-Endung im E-Mail-Verkehr wird weiter beraten. Diese soll sowohl im Landeskirchenamt, den zentralen Einrichtungen, den Kirchenämtern und den Kirchengemeinden genutzt werden. Der Öffentlichkeitsausschuss wird das Thema weiter behandeln.

Dr. Christoph Künkel verabschiedet

Der ausgeschiedene Diakoniechef mahnt in seiner Abschiedsrede soziale Mitwirkung an

Es waren herzliche Worte, die Dr. Matthias Kannengießer, Präsident der Landessynode, zum Abschied von Dr. Christoph Künkel fand. Künkel habe „das diakonische Profil der Landeskirche geprägt und verkörpert“, so Kannengießer über den ehemaligen Vorstandssprecher des Diakonischen Werkes evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V., der im November aus gesundheitlichen Gründen in den Vorruhestand gegangen ist. „Viele von uns kennen ihn als Mann klarer Worte“, sagte Kannengießer. Er habe immer die Stimme erhoben für jene, die zu den Schwachen der Gesellschaft gehörten. Das ließ sich Künkel auch



Dr. Matthias Kannengießer verabschiedet Dr. Christoph Künkel

jetzt nicht nehmen: Noch einmal trat er vors Rednerpult und mahnte: „Wir sind deutlich hinter unseren Möglichkeiten zurückgeblieben und überlas-

sen das Feld der sozialen Mitwirkung zu oft anderen.“ Auch er selbst habe sich durch seine Aufgabe verändert – „als Theologe, Christ und Mensch.“

Neu in der Landessynode

Die Pastoren Martin Sundermann und Dr. Volkmar Latossek sind als gewählte Ersatzmitglieder neu in der Landessynode. Sundermann wurde in den Ausschuss für kirchliche Mitarbeit gewählt, während Latossek in den Ausschuss für Theologie und Kirche

sowie den Öffentlichkeitsausschuss gewählt wurde. Sie sind für Superintendentin Prof. Dr. Hanna Löhmannsröben (Sprengel Lüneburg) und Pastor Karsten Beekmann (Sprengel Ostfriesland-Ems) nachgerückt, die ihre Mandate niedergelegt haben.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Anke Brockmeyer (verantwortlich)

Unter Mitwirkung des Evangelischen Pressedienstes Niedersachsen-Bremen (epd) und der Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten der Sprengel

Gestaltung / Layout: Marc Vogelsang (Evangelisches MedienServiceZentrum)

Fotos: Jens Schulze, Landeskirche Hannovers

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen

www.synode.landeskirche-hannovers.de